

# STATEMENT

**Bärbel Dieckmann,  
Präsidentin  
der Welthungerhilfe**



## **Vorstellung Welthunger-Index 2009**

**Berlin, 14. Oktober 2009**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aktuelle Daten der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) prognostizieren, dass die Zahl der Hungernden im Jahr 2009 erstmals die Milliardengrenze überschreiten wird. Das 21. Jahrhundert droht zum Hungerjahrhundert zu werden, jeder sechste hat nicht ausreichend zu essen.

Die weitaus meisten hungernden Menschen leben in Entwicklungsländern: 642 Millionen in Asien, 265 Millionen im südlichen Afrika und 53 Millionen in Lateinamerika. In Indien gibt es in absoluten Zahlen die meisten Hungernden (230 Millionen). Der Anteil der Hungernden an der Bevölkerung ist in einigen Staaten Afrikas jedoch wesentlich höher (Demokratische Republik Kongo: 76 Prozent). Die Karte des Welthunger-Index zeigt, dass alle Länder mit einer besonders gravierenden Hungersituation in Afrika südlich der Sahara liegen.

Unter den Hungernden sind unverhältnismäßig viele Frauen: Zum einem sind Frauen in Entwicklungsländern häufig einer hohen physischen Belastung ausgesetzt. In Afrika etwa verrichten sie 80 bis 90 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeit und sind oftmals für den Transport von Wasser und Brennmaterial zuständig. Daneben müssen sie den Haushalt und die Pflege von Kindern und anderen Familienangehörigen bewältigen. In Kenia verbrennen Frauen zum Beispiel bis zu 85 Prozent ihres täglichen Kalorienbedarfs allein beim Wasserholen für ihre Familie.

Zum anderen ist in einigen Regionen die soziale Stellung von Frauen so schwach, dass sie erst nach ihren Männern und Söhnen essen, was übrig bleibt. Dadurch kommt es selbst in Haushalten, die verhältnismäßig gut mit Nahrungsmitteln versorgt sind, zu Fällen von Mangel- bzw. Unterernährung von Frauen und Mädchen.

Mehr als 70 Prozent der 1,4 Milliarden Armen der Welt sind Frauen, sie müssen mit weniger als einem Euro pro Tag auskommen. Jede dritte Frau muss ohne männliche Hilfe für Ernährung und Erziehung ihrer Kinder sorgen, weil die Männer Krieg führen oder als Wanderarbeiter in anderen Ländern leben.

Wenn Frauen nicht ausreichend ernährt sind, hat dies Auswirkungen auf den Ernährungszustand ihrer Kinder: Hunger ist „erblich“, denn mangelernährte Mütter bringen zu kleine und leichte Kinder zur Welt. Unterernährung insbesondere im Kleinkindalter hat langfristige Konsequenzen für die körperliche und geistige Entwicklung. Ein Teufelskreis. Denn ein beschränktes Lernvermögen führt zu einem geringeren Ausbildungsstand und damit zu schlechteren Aussichten, eine Arbeitsstelle zu finden. Dies hat wiederum zur Folge, dass im Erwachsenenalter eingeschränkte Möglichkeiten bestehen, durch eigenes Einkommen Hunger und Armut zu entkommen.

Hinzu kommt dass Frauen stärker von Ernährungskrisen und Ernteaussfällen betroffen sind, da sie weniger Vermögen, Land und andere Ressourcen besitzen und so Krisen kaum durch Reserven abfedern können. Nur etwa ein Prozent des Weltbesitzes ist in Frauenhand.

Die Ergebnisse des Welthunger-Index 2009 zeigen deutlich: Dort wo Frauen in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht benachteiligt sind, gibt es mehr Hunger.

Der Welthunger-Index wurde in diesem Jahr erstmals mit dem Gender Gap Index Verbindung gebracht, der 2006 vom Weltwirtschaftsforum eingeführt wurde. Dieser misst den Grad der Ungleichbehandlung, was in der Regel heißt, den Grad der Benachteiligung von Frauen. Dabei geht es um Einfluss in Wirtschaft und Politik, um Bildungsgrad und Gesundheitszustand.

Besonders eng ist der Zusammenhang zwischen Bildung und Hunger. Beispiel. Ein positives Beispiel: In Botswana wurde dem Zugang zu Bildung sowohl für Jungen als auch für Mädchen seit den 1970er Jahren höchste politische Priorität eingeräumt. Alle Bürger haben Zugang zu einer zehnjährigen Schulausbildung, und das Verhältnis von Männern und Frauen ist auf allen Ausbildungsebenen ausgeglichen. Gleichzeitig hat das Land Anstrengungen unternommen, die Ernährungssituation zu verbessern – mit Erfolg, wie sich aus den im Vergleich zu den Nachbarstaaten relativ niedrigen WHI- Werten ablesen lässt. Dagegen liegt der Tschad sowohl im Hunger-Index wie im Gender Gap Index auf einem der letzten Plätze. Die Alphabetisierungsrate von Frauen beträgt nur 13 Prozent, verglichen mit 41 Prozent bei Männern, die Einschulungsquote im Primarschulbereich beträgt bei Mädchen 50 Prozent verglichen mit 72 Prozent bei Jungen.

Das heißt: Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist nicht nur sozial wünschenswert; sie ist eine zentrale Säule im Kampf gegen den Hunger. Berechnungen (IFPRI) haben ergeben: Würde der Status der Frauen dem der Männer angeglichen, hätte dies zur Folge, dass die Anzahl der unterernährten Kinder in Südasien um 13,4 Millionen und in Afrika südlich der Sahara um 1,7 Millionen zurückginge. Der Zugang zu Bildung und zu landwirtschaftlichen Ressourcen kann die Produktivität um zehn bis 20 Prozent erhöhen.

An den ärmsten Orten der Welt sind es vor allem die Frauen, die Nahrungsmittel anbauen. Ernährung der Familie, Erziehung der Kinder und Gesundheitsvorsorge liegen in den Händen der Frauen. Sie brauchen Bildung und Ausbildung, um in Landwirtschaft oder Kleingewerbe ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften. Sie brauchen Zugang zu Ressourcen, wie Kleinkredite oder ein eigenes Stück Land. Und sie brauchen Selbstbewusstsein, um in Haushalt und Gemeinde mitbestimmen zu können. Je stärker Frauen sind, umso besser können sie für die gesamte Gesellschaft wichtige Aufgaben erfüllen.

Warum wird dieser Hebel, die Gleichstellung von Männern und Frauen, vernachlässigt?

Bei der Vierten Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahr 1995 verpflichteten sich 189 Staaten dazu, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft (d.h. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft) zu fördern, die Rechte der Frauen zu schützen, die Armut von Frauen zu bekämpfen, Gewalt gegen Frauen als

Menschenrechtsverletzung zu verfolgen, und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Gesundheitsversorgung und im Bildungssystem abzubauen.

Doch weder wissenschaftliche Beweisführung noch Politikverpflichtungen scheinen wirklich zu fruchten: Zwar wurden nach Peking über nationale Umsetzungspläne in einigen Ländern rechtliche Verbesserungen für Frauen erreicht, doch fast 15 Jahre nach der letzten Weltfrauenkonferenz klafft nach wie vor eine riesige Lücke zwischen rechtlichen Verpflichtungen und deren tatsächlicher Umsetzung.

Kaum ein Thema ist so gut erforscht und so ausgiebig beschrieben worden wie ‚Gender‘ – Geschlechtergerechtigkeit. In den post-feministischen Ländern des Nordens, die vielfach die Ernährungssicherungspolitik in den Ländern des Südens beeinflussen, scheint die Überwindung der Geschlechterungerechtigkeit kein vorrangiges Politikziel mehr zu sein. In armen Ländern ist diese Frage jedoch im wahrsten Sinne des Wortes von existenzieller Bedeutung.

Wie kann die Entwicklungszusammenarbeit da helfen?

Zugang zu Bildung und Ausbildung, Zugang zu Ressourcen wie Krediten oder Land, Stärkung der Mitspracherechte von Frauen – Entwicklungshilfe muss sich daran messen lassen, ob sie diese Wirkungen erzielt. Schon kleine Investitionen in effizientere Anbaumethoden und besseres Saatgut, kann einen großen Unterschied im Leben der Frauen ausmachen. Mit den richtigen Werkzeugen brauchen sie nicht darauf zu warten, bis Nahrungsmittel verteilt werden. Sie schaffen ihre eigene Entwicklung.

Deshalb fordere ich als Präsidentin einer der größten privaten Hilfsorganisationen in Deutschland von der neuen Bundesregierung, dass in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit die Bedürfnisse von Frauen in Entwicklungsländern einen deutlich höheren Stellenwert bekommen. Der vor kurzem erstellte Aktionsplan des BMZ zeigt den Weg. Papier allein allerdings reicht nicht. Die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit müssen zielgerichtet für Armutsbekämpfung und ländliche Entwicklung verwendet werden.

Ich fordere daher Bundeskanzlerin Merkel auf, dafür Sorge zu tragen, dass Armutsbekämpfung und ländliche Entwicklung nicht unter die Räder staatlicher Interessenspolitik geraten. Es gibt viele Probleme in Deutschland, doch in den

Entwicklungsländern fallen die Menschen bei Krisen ohne jegliche soziale Absicherung ins Nichts, elementare menschliche Bedürfnisse wie ausreichend Nahrung, Bildung, Gesundheit werden nicht erfüllt.

Deutschland hat eine globale Verantwortung, das wissen unsere Spenderinnen und Spender, dafür sollte sich auch die neue Bundesregierung einsetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !